

Ein paar Gedanken zur deutschen Debattenkultur rund um Israel und Palästina

Vorwort:

Der folgende Kommentar entstand bereits im Januar 2024. Damals rieten mir zahlreiche Stimmen eindringlich davon ab, den Artikel zu veröffentlichen – das Risiko möglicher negativer Konsequenzen für meine berufliche Zukunft in Deutschland schien zu hoch. Eine geradezu ironische Bestätigung der Kritik, die ich im Folgenden äußere. Inzwischen jedoch hat sich das gesellschaftliche Klima in Deutschland gewandelt: Politik und Medien beginnen, sich Schritt für Schritt von ihrer ideologisch bedingten Blindheit gegenüber den schweren Menschenrechtsverletzungen an der palästinensischen Bevölkerung im Gaza-Streifen zu lösen. Und so sehr ich den aktuellen Kurswechsel der Bundesregierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz auch begrüße, umso beschämender ist es, dass es über anderthalb Jahre gedauert hat, bis dieses Umdenken eingesetzt hat. Das Maß an Heuchelei, das Deutschland mit seiner bisherigen Haltung gegenüber der internationalen Rechtsordnung – insbesondere den Menschenrechten –, die es selbst maßgeblich mitgeprägt hat, an den Tag gelegt hat, sollte uns zutiefst zu denken geben. Vor diesem Hintergrund sehe ich nun die Gelegenheit, meinen Artikel doch noch zu veröffentlichen. Auch wenn das Momentum meiner Kritik seitdem etwas nachgelassen hat, erscheint mir das Geschriebene nach wie vor von Relevanz.

Hier also mein Standpunkt:

In meinem sozialen Umfeld war ich bislang wahrscheinlich einer derjenigen, die sich zum Konflikt zwischen Israel und Palästina am zurückhaltendsten geäußert haben. Das lag vor allem daran, dass ich mich nicht ausreichend informiert fühlte, um mir zu einem so komplexen Thema eine fundierte Meinung zu erlauben. Daran hat sich im Kern nichts geändert. Geändert hat sich allerdings meine wachsende Irritation über die Art und Weise, wie in Deutschland darüber gesprochen wird. Deshalb möchte ich im Folgenden einige Gedanken und Beobachtungen teilen – nicht, um Partei zu ergreifen, sondern um auf problematische Muster in unserer Debattenkultur hinzuweisen.

Zunächst fällt auf, wie schwer es geworden ist, überhaupt zu beurteilen, was als Fakt gelten kann. Zwischen gezielter Desinformation, Propaganda und dem allgegenwärtigen Meinungslärm ist die Grenze zwischen Wissen und Meinung, zwischen Nachricht und Narrativ zunehmend verschwommen. Besonders deutlich wird das in den sozialen Medien, wo Algorithmen und Filterblasen dazu führen, dass viele Menschen nur noch das sehen, was ihre Position bestätigt. Natürlich gibt es weiterhin vertrauenswürdige Quellen: etablierte Medienhäuser, internationale Institutionen wie die UN oder spezialisierte NGOs. Doch auch sie handeln nicht neutral – sie gewichten, sie wählen aus, sie setzen Prioritäten, oft im Sinne ihrer jeweiligen politischen oder institutionellen Agenda.

Das Problem ist weniger die fehlende Wahrheit als die fehlende Bereitschaft, sich überhaupt auf die Suche nach ihr zu machen. Viele scheinen sich längst festgelegt zu haben und nutzen Informationen nicht, um zu verstehen, sondern um sich bestätigt zu fühlen. Ein exemplarisches Beispiel hierfür ist der Angriff auf das Al-Ahli-Krankenhaus am 17. Oktober 2023. Obwohl die Faktenlage unmittelbar nach dem Vorfall alles andere als klar war, schienen sich viele bereits sicher zu sein, was genau passiert war und wer verantwortlich sei. Doch so funktioniert seriöse Urteilsbildung nicht. Es wäre angebracht gewesen, sich zunächst aus möglichst vielen seriösen Quellen ein Bild zu machen, um dann – wenn überhaupt – eine eigene Position zu entwickeln. Stattdessen entstand etwas, das mit Meinung nicht mehr viel zu tun hat: eine ideologisch aufgeladene Haltung, gespeist aus selektiver Wahrnehmung und moralischer Gewissheit. Es war ein Paradebeispiel epistemischer Fahrlässigkeit.

Ein weiteres Problem betrifft den inflationär gebrauchten und in Deutschland besonders aufgeladenen Slogan „Nie wieder“. Er ist Ausdruck einer historisch gewachsenen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk –

eine Verantwortung, die angesichts der deutschen Vergangenheit zweifellos ihre Berechtigung hat. Doch ich frage mich, ob „Nie wieder“ nicht breiter verstanden werden sollte. Meint es wirklich nur: „Nie wieder Antisemitismus in Deutschland“? Oder sollte es nicht vielmehr heißen: „Nie wieder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ – gegen wen auch immer sie sich richtet?

Aktuell lässt sich eine gefährliche Tendenz beobachten: Antisemitische Vorfälle werden vor allem dann thematisiert, wenn sie mutmaßlich von muslimischen Personen begangen wurden. Das mag in einzelnen Fällen zutreffen, verstellt aber den Blick auf das größere Bild. Antisemitismus ist kein Importgut. Man muss nur zwei Jahre zurückblicken, in die Zeit der Corona-Pandemie, um zu sehen, wie offen antisemitisches Denken auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft zutage trat – etwa in verschwörungsideologischen Narrativen, in denen von einer „jüdischen Weltverschwörung“, geheimen Eliten oder dem „Großen Austausch“ die Rede war. Der Anteil radikaler Muslim:innen in diesen Bewegungen war verschwindend gering. Gleichzeitig stellt sich kaum jemand die Frage, warum etwa die AfD derzeit so auffällig schweigt, wenn es um die aktuelle Eskalation im Nahen Osten geht. Vielleicht deshalb, weil sie gar nichts tun muss. Die etablierten Parteien und viele große Medienhäuser übernehmen aktuell einen Diskurs, der muslimfeindliche Ressentiments bedient, ohne dass sich die Rechten selbst die Hände schmutzig machen müssten. Warum gegen Geflüchtete hetzen, wenn andere das schon übernehmen?

Auch in der Berichterstattung fällt ein Ungleichgewicht auf. Während Antisemitismus – zu Recht – deutlich benannt wird, scheint antimuslimischer Rassismus oft ein Randthema zu bleiben. Es wirkt, als ob im Angesicht der deutschen Vergangenheit die Sorge vor einem Antisemitismus-Vorwurf dazu führt, dass andere Formen von Diskriminierung bagatellisiert oder ausgeblendet werden. Vielleicht wäre es an der Zeit, das „Nie wieder“ etwas weiter zu denken – nicht als exklusives Versprechen gegenüber einer Gruppe, sondern als universelles Bekenntnis gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit.

Ein drittes Beispiel für die problematische Rhetorik im aktuellen Diskurs ist die Formel „Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson“. Sie wird oft wiederholt, besonders von Bundeskanzler Scholz, doch selten wird erklärt, was sie konkret bedeutet. Natürlich hat Deutschland aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber dem Staat Israel. Doch bedeutet das auch, jede Entscheidung der israelischen Regierung vorbehaltlos zu unterstützen? Bedeutet es, Kritik an der israelischen Politik zu unterlassen, selbst wenn diese gegen grundlegende Werte wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit oder Verhältnismäßigkeit verstößt?

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Historiker Fritz Stern haben bereits 2010 darauf hingewiesen, dass aus der Verantwortung gegenüber Israel auch Kritik erwachsen kann – und muss. Wer Israels Sicherheit ernst nimmt, darf sich nicht vor kritischen Fragen drücken, etwa zur Siedlungspolitik oder zum Umgang mit palästinensischer Zivilbevölkerung. Der Staat Israel ist nicht gleichzusetzen mit der jeweiligen Regierung, und die israelische Regierung spricht nicht im Namen des gesamten jüdischen Volkes. Es ist möglich – und notwendig –, Antisemitismus in Deutschland klar zu benennen, ohne sich automatisch zu jeder Entscheidung der israelischen Politik zu bekennen. Man kann Israel unterstützen, indem man auf Missstände hinweist, und man kann die israelische Regierung kritisieren, ohne ein Antisemit zu sein.

Und damit komme ich zu einer letzten, vielleicht grundlegenden Frage: Warum nicht beides? Warum fällt es so schwer, anzuerkennen, dass die Terroranschläge der Hamas in ihrer Grausamkeit unfassbar und auf das Schärfste zu verurteilen sind – und gleichzeitig zu sehen, welches Leid das militärische Vorgehen Israels im Gazastreifen über die Zivilbevölkerung bringt? Warum ist es so schwer, das Existenzrecht Israels anzuerkennen und gleichzeitig das Schicksal der Palästinenser:innen als historisch tief verwurzelte humanitäre Tragödie ernst zu nehmen? Warum gilt Kritik an Israels Regierungshandeln so oft als latent antisemitisch – selbst wenn sie sich auf völkerrechtlich problematische Entscheidungen bezieht? Warum fällt es so vielen so schwer, in einem

Konflikt, der zu den komplexesten der internationalen Politik gehört, eine differenzierte Haltung einzunehmen?

Vielleicht liegt das Problem in der gesellschaftlichen Sehnsucht nach Eindeutigkeit. In einem binären Weltbild ist man entweder auf der „richtigen“ Seite – oder auf der „falschen“. Doch gerade dieser Konflikt verlangt nach einer anderen Haltung: einer, die Ambivalenz aushält, die Widersprüche anerkennt und die es aushält, zwischen Empathie und Kritik zu unterscheiden. Es ist keine Schwäche, seine Meinung zu ändern, wenn neue Informationen hinzukommen. Im Gegenteil: Es ist eine Stärke. Ebenso wie es eine Tugend ist, sich nicht einer ideologischen Lagerlogik hinzugeben, sondern die Fähigkeit zu bewahren, verschiedene Perspektiven anzuerkennen – auch dann, wenn sie sich gegenseitig widersprechen.

Was folgt daraus? Vielleicht vor allem dies: dass wir vorsichtiger werden sollten – in der Auswahl unserer Quellen, in der Geschwindigkeit unserer Urteile, in der Klarheit unserer Gewissheiten. Vielleicht auch, dass sich unser „Nie wieder“ nicht allein auf den Antisemitismus beziehen darf, sondern auf jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dass Staatsräson nicht blinde Loyalität bedeutet, sondern verantwortungsvolles Abwägen – im Sinne von Frieden, Gerechtigkeit und internationalem Recht. Und vielleicht sollten wir anerkennen, dass man nicht immer eine klare Seite wählen muss. Gerade der israelisch-palästinensische Konflikt ist zu vielschichtig, um ihn mit einfachen Parolen zu erfassen. Manchmal ist es klüger, eine agnostische Haltung einzunehmen – nicht im Sinne politischer Gleichgültigkeit, sondern als bewusste Entscheidung für Differenzierung.

Aktuell wird sehr genau darauf geschaut, ob sich im Umfeld pro-palästinensischer Demonstrationen antisemitische Positionen verbergen – und das ist auch richtig so. Aber wird ebenso genau hingesehen, ob sich in pro-israelischen Demonstrationen antimuslimischer Rassismus breitmacht? Auch dieser versteckt sich bisweilen hinter wohlmeinenden Parolen. Doch gerade weil das deutsche Gedenken ein so sensibles und wichtiges Erbe ist, darf es nicht missbraucht werden – nicht zur Legitimation von Gewalt, nicht zur Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen und schon gar nicht zur Spaltung einer ohnehin gespaltenen Gesellschaft.